

Lukas David Meyer

Öffentliches Christentum im europäischen Ernstfall

Ein Vergleich
kirchlicher Europamodelle aus
sozialethischer Perspektive



ÖFFENTLICHE THEOLOGIE

Öffentliches Christentum im europäischen Ernstfall

ÖFFENTLICHE THEOLOGIE

Herausgegeben von
Heinrich Bedford-Strohm, Wolfgang Huber und Torsten Meireis

Band 43

Lukas David Meyer

Öffentliches Christentum im europäischen Ernstfall

Ein Vergleich kirchlicher Europamodelle
aus sozialetischer Perspektive



EVANGELISCHE VERLAGSANSTALT
Leipzig



Lukas David Meyer, Dr. theol., Jahrgang 1989, studierte Evangelische Theologie, Philosophie und Wirtschaft in Göttingen, Bayreuth und Rom. Er ist Vikar der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern. 2017 erhielt er den Klaus-von-Bismarck-Preis.

Gedruckt mit freundlicher Unterstützung der VELKD.

Bibliographische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische
Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2023 by Evangelische Verlagsanstalt GmbH · Leipzig
Printed in Germany

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne
Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für
Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung
und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde auf alterungsbeständigem Papier gedruckt.

Cover: Kai-Michael Gustmann, Leipzig
Satz: Lukas David Meyer, München
Druck und Binden: Hubert & Co., Göttingen

ISBN 978-3-374-07350-4 // eISBN (PDF) 978-3-374-07351-1
www.eva-leipzig.de

Vorwort

Die europäische Einigung ist kein typisches Thema der evangelisch-theologischen Ethik. Die vorliegende Studie wendet sich dennoch der Frage zu, wie europäische Krisenerfahrungen Theologie und Kirche herausforderten. Dies verdankt sich in besonderer Weise Erfahrungen, die ich zuvor machen konnte. Bei Stationen in Sarajevo, Rom und Brüssel beschäftigte mich das Friedensprojekt Europa und wurde mir zur Herzensangelegenheit. Als Theologe wollte ich nun mein Promotionsprojekt den kirchlichen Europamodellen widmen.

Im Sommersemester 2021 wurde diese Studie als Promotionschrift von der Evangelisch-Theologischen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität München im Fach Systematische Theologie angenommen. Für den Druck habe ich sie geringfügig überarbeitet und vor allem Kürzungen vorgenommen. Da die Studie im Zeitraum von vier Jahren entstand, möchte ich mich bei vielen Kolleginnen und Kollegen bedanken. Zunächst gilt mein besonderer und herzlicher Dank Prof. Dr. Reiner Anselm. Er hat das Erstgutachten zu dieser Arbeit erstellt und mich nunmehr über zehn Jahre als akademischer Lehrer gefördert. Ob als studentische Hilfskraft oder als wissenschaftlicher Assistent hat er meinen akademischen Weg mit Anregungen und Unterstützung begleitet. Sein Bemühen, theologische Fragestellungen stets auf kirchliche Praxis zu beziehen, hat mich geprägt. Prof. Dr. Jörg Lauster danke ich für das Zweitgutachten, er hat wie mein Doktorvater zu einer offenen und herzlichen Arbeitsatmosphäre in der Münchener Systematik beigetragen. Dank gebührt zudem Prof. Dr. Daria Pezzoli-Olgiati, die mir immer wieder interdisziplinäre Perspektiven eröffnete.

Dass ich gleichzeitig mit Dr. Ulrich Schmiedel an einer Qualifikationschrift arbeitete, war für mich ein Glücksfall. Aus Flurgesprächen wurden hitzig-heitere Forschungsdiskussionen, die das Promotionsprojekt belebt haben. Mein guter Freund und Kollege Dr. Hendrik Meyer-Magister half mir mit seinen Erfahrungen und seiner Gelassenheit. Auch die Zusammenarbeit mit Elisabeth Görnitz und Dr. Nazli Cihan war von zentraler Bedeutung. Im *ForDemocracy*-Projekt »Der Widerspenstigen Zähmung? Die politische Entwicklung in Mittel- und Osteuropa seit 1989 als Laboratorium und Lehrstück für zukünftige Herausforderungen der Demokratie« konnte ich einer wichtigen Begleitforschung nachgehen, die Über-

6 Vorwort

setzungsmöglichkeiten für polnische und ungarische Texte waren ein großer Gewinn für die Studie. Oberkirchenrätin Katrin Hatzinger stand als Leiterin der Dienststelle Brüssel für zahlreiche Gespräche bereit und gab mir wichtige Hinweise zur kirchlichen Europaarbeit. Pfarrer Dr. Patrick Roger Schnabel vermittelte mir ein Gespür für Herausforderungen in der ökumenischen Praxis. Zudem hatte ich mit Pfarrer Dr. Mario Fischer, dem Generalsekretär der GEKE, einen anregenden Gesprächspartner, der überdies den europaweiten Austausch unter Theologiestudierenden maßgeblich unterstützt hat.

Prof. Dr. Wolfgang Huber und Prof. Dr. Heinrich Bedford-Strohm habe ich es zu verdanken, dass die Studie in der Reihe »Öffentliche Theologie« erscheinen kann. Wolfgang Huber hat mit Anmerkungen und Anregungen einige Verbesserungen veranlasst. Bei Tilman Meckel und Anne Hille möchte ich für die freundliche Zusammenarbeit mit dem Verlag bedanken. Sebastian Pieper hat das Manuskript sprachlich und sachlich mit großer Sorgfalt geprüft. Ebenso hat mein Vater Philipp Meyer die Arbeit gründlich Korrektur gelesen und das Projekt von Beginn an unterstützt. Ihnen allen sei herzlich gedankt.

Den größten Dank schulde ich meiner Frau Lisa Meyer-Gräbig. Sie hat mir immer wieder Freiräume für das wissenschaftliche Arbeiten ermöglicht. Parallel zu ihrer Berufstätigkeit und der Fürsorge für unsere beiden Kinder Hans und Irma war das eine Herausforderung. Lisa hat es mit Gelassenheit, Geduld und Humor gemeistert. Deshalb ist ihr dieses Buch in Liebe gewidmet.

München, Ostern 2023

Lukas David Meyer

Inhalt

Einleitung.....	11
1 Forschungsstand und Methodik.....	19

ERSTER TEIL

EUROPA DER BÜRGER.

DAS VERHÄLTNISS DER EU-INSTITUTIONEN ZUR EUROPÄISCHEN ÖFFENTLICHEN SPHÄRE

2 Europäisierung seit 1989.....	33
Kompetenzzuwachs und Legitimationsfrage.....	33
2.1 Handeln als Union. Vertiefung und Erweiterung.....	33
2.2 Verselbstständigte Macht? Kritik am Legitimationsdefizit.....	39
2.3 Strategien der Legitimationsbeschaffung.....	43
2.3.1 »Freude schöner Götterfunken«: Kulturelle Identität.....	44
2.3.2 »EU delivers«: Interessen (Schutz, Freiheiten, finanzielle Vorteile).....	48
2.3.3 »Entschlossen, eine gemeinsame Unionsbürgerschaft einzuführen«: Politische Teilhabe.....	49
3 Wer ist das Volk?.....	53
Verfassungs-, Finanz- und Migrationskrise in der europäischen öffentlichen Sphäre.....	53
3.1 Verfassungskrise: Volk vs. Europäische Union.....	55
3.2 Finanzkrise: Volk vs. Eliten.....	65
3.3 Migrationskrise: Volk vs. Fremde.....	68
3.4 Zwischenfazit: Europadämmerung?.....	70
4 Demokratisches Erfahrungswissen für Europa.....	75
Öffentlichkeit, Dramatik und Unionsbürgerbewusstsein.....	75
4.1 Die europäische öffentliche Sphäre. Transnationale Dramatik.....	75
4.2 Sui Generis: Politisch-philosophische Deutung der Unionsbürgerschaft.....	78
4.3 Zwischenfazit: Die Politisierung Europas und die Rolle der Kirchen.....	85
5 Der religionspolitische Handlungsrahmen.....	89
Europarechtliche Entwicklungen und der Dialog der europäischen Institutionen mit den Kirchen.....	89
5.1 Von der laïcité zur »Anerkennung ihrer Identität« (Art. 17 AEUV III).....	90
5.2 Grundelemente des europäischen Religions- und Kirchenrechts.....	94

8 Inhalt

5.3 Die Interpretation des Vertrags von Lissabon (2009).....	97
6 Bilanz: Europa der Bürger	101

ZWEITER TEIL

EUROPA DER KIRCHEN.

KIRCHLICHE EUROPAMODELLE IM INNERKONFESSIONELLEN UND ÖKUMENISCHEN VERGLEICH

7 Der Katholizismus.....	105
Zwischen supranationaler Ekklesiologie und konkurrierenden Geltungsansprüchen.....	105
7.1 Traditionelles Europabild: Das katholische Abendland.....	107
7.2 Transnationaler Kontext: Der Heilige Stuhl & die europäische Einigung	115
7.3 Europaaffiner Kontext: Die katholische Kirche in Frankreich	125
7.4 Europaskeptischer Kontext: Die katholische Kirche in Polen.....	131
7.5 Zwischenfazit	138
8 Der Protestantismus	141
Zwischen internationaler Koexistenz und machtpolitischer Zurückhaltung	141
8.1 Traditionelle Europabilder: Bürden und globaler Aufbruch	142
8.2 Transnationaler Kontext: Die Gemeinschaft Ev. Kirchen in Europa.....	147
8.3 Europaaffiner Kontext: Die Evangelische Kirche in Deutschland	161
8.4 Europaskeptischer Kontext: Die Ungarisch-Reformierte Kirche ..	173
8.5 Zwischenfazit	181
9 Die Orthodoxie.....	185
Zwischen antiokzidentalisiertem Erbe und Transformation im Zuge der Osterweiterungspolitik.....	185
9.1 Traditionelle Europabilder: Symphonie und Transformation.....	186
9.2 Transnationaler Kontext: Das Ökumenische Patriarchat & Europa.....	191
9.3 Europaaffiner Kontext: Die Griechisch-Orthodoxe Kirche	200
9.4 Europaskeptischer Kontext: Die Serbisch-Orthodoxe Kirche	209
9.5 Zwischenfazit	224
10 Ökumenische Europamodelle	227
Traditionelle Europaskepsis, Ringen um ›eine Stimme‹ und der Kontrapunkt Taizé	227
10.1 (West-)Europa ist nicht genug. Einheitsstreben und Distanz.....	228
10.2 Wind of Change. Der Konziliare Prozess und die friedliche Revolution	234
10.3 Erfolge und Ernüchterungen	237

10.4 Einheitsstreben jenseits aller Policy. Die Communauté de Taizé	250
10.5 Zwischenfazit.....	254
11 Die Krisen und die Kirchen	257
Zusammenfassende Betrachtung	257

DRITTER TEIL

EUROPA DER CHRISTEN.

SOZIALETHISCHE GRUNDLINIEN EINES ÖFFENTLICHEN CHRISTENTUMS IN EUROPA

12 Öffentliches Christentum in Europa	267
Sozialethische Grundlinien	267
12.1 Europäische Ökumene der Profile. Befund, Konsens und Differenz	269
12.2 Kohärenz und Konsequenz. Metaethische Überlegungen	276
12.3 Öffentliches Christentum in der europäischen öffentlichen Sphäre	280
12.4 Der Konziliare Prozess als Impulsgeber	287
12.5 Weder Welt noch Nation. Theologisch-ethische Bilanz	292
Schluss	297
Abkürzungsverzeichnis	301
Literaturverzeichnis.....	305
Namensregister.....	337

Einleitung

»Großbritannien braucht das Evangelium Christi, nicht die Europäische Union. Unsere britische Nation ist gottgegeben über viele Jahrhunderte. Sie ist nicht dazu da, um von Politikern verhandelt zu werden. Gott gewährt die Sicherheit und den Wohlstand einer Nation. Britannien muss IHN ehren und darf sich nicht an die EU klammern.«¹

Mit dieser Entgegensetzung von Christentum und Europäischer Union positionierten sich 2019 Aktivisten² vor dem britischen Unterhaus, um für einen Verhandlungsstopp zu werben. Etwa drei Jahre zuvor, am 23. Juni 2016, hatte sich eine knappe Mehrheit von 51,9 Prozent für den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU ausgesprochen. So klar die Entscheidung zwischen ›leave‹ oder ›remain‹ wirkte, so unklar blieb die Gestaltung der künftigen Beziehungen zum Kontinent. Die Institutionen der britischen Demokratie, aber auch die der EU gerieten in eine der schwersten Krisen ihrer Geschichte. Manche prophezeiten eine Kettenreaktion, die sogar das Ende der europäischen Einigung herbeiführen könne.³ Weitere Austrittsreferenden, etwa unter Gründungsmitgliedern wie Frankreich und den Niederlanden, schienen möglich.

Im Unterscheid zum Vereinigten Königreich erwies sich die EU aber als überaus geschlossen. Durch das Verhandlungsgeschick des Kommissionsbeauftragten Michel Barnier gelang es auf EU-Seite, 27 Mitgliedsstaaten zu einer

¹ Alle nicht explizit ausgewiesenen Übersetzungen stammen von mir. Der Originalwortlaut ist einsehbar bei: GREG EVANS, Pro-Brexit Activists outside parliament are claiming God and the Bible are against the EU, Independent, 14.03.19, URL: <https://www.indy100.com/article/brexit-activists-god-bible-religion-leave-eu-no-dealparliament-video-8822406> (Stand: 31.01.23).

² Im Folgenden werden feminine und maskuline Formen bei unbestimmten Bezeichnungen gewechselt. Personen eines anderen Geschlechts oder einer nicht-binären geschlechtlichen Identität sind immer eingeschlossen.

³ Siehe DAVID SCHRIEBERG, Brexit could set up frightening chain reaction in EU, Forbes, 17.06.16, URL: <https://www.forbes.com/sites/davidschriberg1/2016/06/17/is-brexit-the-end-of-the-world-as-we-knowit/#1befc6011dff> (Stand: 31.01.23).

12 Einleitung

weitgehend gemeinsamen Position zu einen. Dagegen trat die tief gespaltene konservative Regierung Großbritanniens mehrfach zurück, Neuwahlen mussten einberufen werden und dennoch konnte sich keine eindeutig identifizierbare Verhandlungsposition durchsetzen. Nach mehrfacher Verschiebung trat das Vereinigte Königreich am 31. Januar 2020 schließlich doch aus. Das Ergebnis ist für Brüssel zwiegespalten: auch wenn die EU-27 in den Verhandlungen an Stabilität gewann und ihre Beliebtheitswerte auf einen neuen Höchststand stiegen, ist der Schaden beträchtlich. Die EU verliert mit dem Vereinigten Königreich den drittgrößten Nettozahler, die zweitgrößte Volkswirtschaft, den gemeinsam mit Frankreich außenpolitisch einflussreichsten Mitgliedsstaat und eine große Militärmacht. Auch die selten konkretisierte, aber dennoch eindrucksvolle Zukunftsbestimmung der ›*ever closer Union*‹ (Präambel AEUV) verlor an symbolischer Kraft – wenn man vom Ausscheiden Algeriens in Folge der Unabhängigkeitskämpfe und Grönlands durch die erlangte Autonomie absieht.

Welche Gründe waren ausschlaggebend für den Austritt? Verschiedene Studien ergaben, dass die ›*Brexiters*‹ sich vordergründig drei Dinge erhofften: erstens einen Gewinn an nationaler Souveränität, zweitens die Begrenzung von Einwanderung und drittens eine wohlfahrtchauvinistische Stärkung des Sozialstaats, die britischen Bürgern im Gesundheitssystem zu Gute kommen sollte.⁵ Getragen wurden diese Motive durch die anti-elitäre und anti-pluralistische Stimmung der Brexit-Wählerschaft, die sich nicht nur gegen EU-Funktionärinnen, sondern auch gegen die britische Regierung richtete.⁴ Ein wichtiger Faktor dafür dürfte der geringe Bildungsgrad unter Austrittswilligen sein, die zudem deutlich älter als die ›*Bremainers*‹ waren. Auch regional zeigten sich erhebliche Unterschiede: in Schottland hatten 62,0 Prozent, in Nordirland 55,8 für den Verbleib gestimmt, während in Wales 52,5 und in England 53,3 Prozent für den Austritt stimmten. Das englische Ergebnis gab den entscheidenden Ausschlag, hier wurden 39,0 der etwa 46,5 Millionen gültigen Stimmen abgegeben. Es schien, als hätten alte, wenig gebildete Engländer das Vereinigte Königreich rausgewählt, während kosmopolitische ›*Millenials*‹ zu faul zum Wählen gewesen waren.

Doch dieser Schein trügt. Weitere Untersuchungen förderten zutage, dass die religiöse Zugehörigkeit ein für das Wahlverhalten zentraler Faktor war. Unabhängig von Bildungsgrad, Alter und Region spielte eine wichtige Rolle, zu welcher Glaubensgemeinschaft sich die Wählenden zugehörig – oder eben nicht zugehörig – fühlten.⁵ Das einleitend zitierte Statement mag mit seinem national-

⁴ Siehe SARA B. HOBOLT, The Brexit vote: a divided nation, a divided continent, in: Journal of European Public Policy, 23/9 (2016), 1259–1277.

⁵ In dieser Zählung werden diejenigen als kirchenferne Anglikaner definiert, die anglikanisch getauft sind und in einer anglikanischen Gemeinde leben (belonging without believing). Kirchnahe Anglikaner werden als regelmäßige Gottesdienstbesucher gezählt. Siehe dazu GREG SMITH/LINDA WOOLHEAD, Religion and Brexit: Populism and the Church of England, in: Religion, State and Society 46 (2018), 206–223.

religiösen Pathos aus der Zeit gefallen erscheinen, repräsentiert aber eine beträchtliche Anzahl anglikanischer Kirchenmitglieder. Vor allem unter kirchenfernen Anglikanern dominierte wie in keiner anderen gesellschaftlichen Gruppierung der Austrittswunsch: 69 Prozent stimmten für den Austritt, lediglich 31 Prozent für den Verbleib.⁶ Unter kirchennahen Mitgliedern war das Stimmverhalten zwar nicht ganz so eindeutig (55:45 Prozent für Brexit), gleichwohl zeigt sich auch hier eine stärkere Brexit-Affinität. Dieses Abstimmungsverhalten stand bemerkenswerterweise im scharfen Kontrast zur anglikanischen Kirchenleitung: schätzungsweise zwei Drittel der anglikanischen Bischöfe stimmten für einen Verbleib,⁷ auch der Erzbischof von Canterbury, Justin Welby, positionierte sich nach langem Abwarten und bewusst zurückhaltend für *Bremain*.⁸

Der Brexit hat eine europäische Grundlagenreflexion ausgelöst. Dies wirft auch theologisch-ethische Fragen auf. Ist die Rolle christlicher Religionszugehörigkeit im Brexit als Sonderfall abzutun? Und wie verhalten sich die Kirchen überhaupt zu Europäisierung – indifferent, skeptisch oder überzeugt? Reproduzieren sie nationale Denkmuster oder sind sie eine verbindende Kraft?

Gewiss wirkten sich historische Eigenheiten der britischen EU-Mitgliedschaft auf die anglikanische Positionierung aus.⁹ Mit Blick auf christliche *Bremainer* zeigte sich aber, dass sie theologische Argumente für einen Verbleib weitgehend schuldig blieben. Stattdessen warnten sie vor einem ungewissen Ausgang der Verhandlungen oder ökonomischen Verlusten, ohne aber europäische Identitätsaspekte in die Debatte einzubringen. Die Europäische Union, die große Erfolge bei der zwischenstaatlichen und internen Befriedung ihrer Mitgliedstaaten erzielte, wurde vielmehr auf technisch-ökonomische Aspekte reduziert. Erst die Folgen des Referendums schafften ein Problembewusstsein. Im Juni 2018 äußerte Justin Welby als anglikanisches Kirchenoberhaupt auf der Generalversammlung der ökumenischen Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) nun doch: »Die EU ist der größte realisierte Traum seit dem Fall des weströmischen Reiches für die Menschen gewesen. Sie brachte Frieden, Wohlstand, Mit-

⁶ Vgl. SMITH/WOOLHEAD, Religion, 216.

⁷ Die Schätzung stützt sich auf Aussagen anglikanischer Kirchenfunktionäre, die sich am 16. November 2018 auf dem Hearing »After Brexit: European Unity and the Unity of the European Churches« entsprechend äußerten. Das Hearing wurde von Justin Welby und Heinrich Bedford-Strohm initiiert und fand im Lambeth Palace in London statt.

⁸ PRESS ASSOCIATION, Archbishop of Canterbury supports remain campaign in EU referendum, Guardian, 12.06.16, URL: guardian.com/politics/2016/jun/12/archbishop-of-canterbury-supports-remain-campaign-in-eu-referendum (Stand: 31.01.23). Siehe dazu auch: JUSTIN WELBY, Reimagining Britain. Foundations of Hope, London 2018.

⁹ Siehe PHILIP COUPLAND, Britannia, Europe and Christendom: British Christians and European Integration, Basingstoke 2006, 4–12.

14 Einleitung

gefühl für Arme und Schwache, Aufstiegschancen für Ambitionierte sowie Hoffnung für alle Menschen.«¹⁰

Welbys Lob der EU war für die britische Öffentlichkeit aber zu fern und zudem zu spät zu hören, um das Referendum oder den Brexit-Prozess zu beeinflussen. Nicht nur angesichts des Referendums, sondern auch mit Blick auf die europäische Ökumene verweist das auf ein Problem. Potenziell proeuropäische Kräfte beobachteten das Entflammen nationaltheologischer Argumente mit einer frappierenden Ratlosigkeit. Gerade im Kontrast zum Katholizismus fehlt es der anglikanischen, evangelischen oder orthodoxen Theologie an Gesprächsfähigkeit in EU-Angelegenheiten. Der Brexit zeigt beispielhaft: für die evangelische und orthodoxe Theologie bleibt die EU das eigentlich unbewältigte Thema.¹¹

Die theologische Reflexionslücke ›EU‹ führt zu Handlungsschwäche. Normativ ist das problematisch. Denn wer sich dem Konziliaren Prozess und damit der Schaffung des Friedens, der Förderung von Gerechtigkeit und der Bewahrung der Schöpfung verschreibt, sollte an Einfluss im europäischen Staatenverbund interessiert sein – zumindest dann, wenn ein Bewusstsein dafür besteht, dass moralische Appelle und politische Maßnahmen nicht deckungsgleich sind. Diesbezüglich möchte ich keinen Zweifel an meiner normativen Überzeugung lassen: als liberaler, ökumenisch orientierter Protestant aus Deutschland denke ich, dass die europäische Einigung grundsätzliche theologische Sympathien verdient. Trotz unterschiedlicher nationaler und konfessioneller Nuancierungen halte ich dies für eine mehrheitsfähige und teils bereits artikuliert Position der Kirchen. Diese Sympathie bleibt allerdings vielfach diffus, da oft ein Verständnis für die Charakteristika der EU fehlt und andererseits die Spezifika christlich-konfessioneller Europamodelle durch vorschnelle Einheitsfiktionen nivelliert werden.

Für stärkere Konvergenzen im kirchlichen Europa-Engagement ist es erforderlich, ein Bewusstsein der Differenzen zu schaffen, um diese moderieren, ggf.

¹⁰ Siehe dazu: JUSTIN WELBY, Christliche Präsenz und christliches Zeugnis in Europa. Ansprache bei der Vollversammlung der Konferenz Europäischen Kirchen, Novi Sad, 3. Juni 2018, URL: http://www.ceceurope.org/wp-content/uploads/2018/07/GEN_19_Justin-Welby_DE.pdf (Stand: 31.01.23).

¹¹ Die Formulierung ist angelehnt an das berühmte Diktum des theologischen Ethikers Wolfgang Trilhaas, der in den 1950er Jahren die Demokratie als »das eigentlich unbewältigte Thema« der evangelisch-lutherischen Tradition ausmachte. Vgl. WOLFGANG TRILHAAS, Die lutherische Lehre von der weltlichen Gewalt und der moderne Staat, in: HANS DOMBOIS/ERWIN WILKENS (Hrsg.), Macht und Recht, Berlin 1956, 22–33, hier: 26. Indes gibt es natürlich auch nationalistische Tendenzen etwa im polnischen oder kroatischen Katholizismus zu beobachten. Gleichwohl vermag es die weltkirchliche Struktur weitaus wirkungsvoller, europapolitische Debatten zu führen und Vereinseitigungen bemerkbar zu machen. Vgl. dazu den weitsichtigen Diskussionsbeitrag zur europäischen Verfassungsdebatte: PETRA BAHR/HANS MICHAEL HEINIG, Apologetik oder Analyse? Zum Umgang evangelischer Ethik mit dem Thema »Die Kirchen und die europäische Integration«, in: ZEE 47 (2003), 223–232.

sogar klären, in jedem Fall aber anerkennen zu können. Vergleichbar mit der rund um die EKD-Demokratiedenkschrift 1985 entwickelten Konzeption halte ich insofern eine Haltung kritischer Solidarität gegenüber der EU für notwendig.¹² Dafür müssen aber Kritik und Solidarität näher bestimmt werden. Die prinzipielle Zustimmung zum Einigungswerk ist nicht mit einer unkritischen Affirmation konkreter EU-Politik zu verwechseln. Denn bei wohlwollender wie ablehnender Haltung zum Einigungswerk ist die Vermengung von politischen Maßnahmen, Prozessen und politischer Organe charakteristisch: »Unzufriedenheit mit bestimmten politischen Maßnahmen (*policy*) kann dann umschlagen in die Missachtung der Union als eines politischen Körpers (*polity*). Der Schlüssel liegt in einem besseren Verständnis der politischen Prozesse (*politics*).«¹³

Anspruch dieser Studie ist es daher, die Charakteristika europapolitischer Prozesse und kirchlicher Europamodelle herauszuarbeiten und im Anschluss daran deren normative Implikationen zu diskutieren. Dies erklärt den Aufbau der Arbeit, die sich in drei Abschnitte gliedert: zunächst befasse ich mich mit dem *Europa der Bürger (erster Teil)* und dem der *Kirchen (zweiter Teil)*, also den zentralen europapolitischen Entwicklungen und der kirchlichen Reaktion darauf. Diese Erhebung wird anschließend der systematisch-theologischen Debatte zugeführt, woraus ich eine theologisch-ethische Orientierung für ein mögliches *Europa der Christen (dritter Teil)* entwickle.

Zur Durchführung dieser Schritte leitet die methodische Reflexion über. Der Forschungsstand verbindet sich mit der methodischen Herangehensweise, was sich im Begriff des europäischen Ernstfalls verdichtet (1). Anders als in der Verteidigungssemantik der 1970er und 1980er Jahre ist der europäische Ernstfall nicht durch außenpolitische oder gar militärische Bedrohungen gekennzeichnet. Ein europäischer Ernstfall liegt vielmehr dann vor, wenn bei der Bewältigung einer substanziellen Herausforderung die nationalstaatliche und europäische Ebene miteinander in Konflikt geraten. Dies wird exemplarisch an Verfassungs-, Finanz- und Migrationskrise deutlich. In diesen Krisen lässt sich ein neuer europapolitischer Modus ausmachen, der als Wandel von einer Regel- zu einer Ereignispolitik beschrieben werden kann. Die Ereignisse riefen auch die Kirchen auf den Plan, die sich nun profilierter positionieren. Es ist also der europäische Ernstfall, der ein authentisches Europamodell zu erkennen gibt.

Als Ergebnis dieser methodischen Verständigung wird anschließend der Wandel zur politischen Union rekonstruiert. Relevant ist zunächst der Weg von

¹² Vgl. dazu Evangelische Kirche und freiheitliche Demokratie. Der Staat des Grundgesetzes als Angebot und Aufgabe. Eine Denkschrift der EVANGELISCHEN KIRCHE IN DEUTSCHLAND, Gütersloh 21985. Siehe zur Einordnung der Demokratiedenkschrift REINER ANSELM, Protestantismus und Demokratie in historischer Längsschnittperspektive, in: HANS MICHAEL HEINIG (Hrsg.), Aneignung des Gegebenen, Tübingen 2017, 1–22.

¹³ LUUK MIDDELAAR, Vom Kontinent zur Union. Gegenwart und Geschichte des vereinten Europas, Bonn 2017, 15.

16 Einleitung

der Europäischen Gemeinschaft zur Europäischen Union seit 1989, der zu einem enormen Kompetenzzuwachs der EU-Institutionen und zu einer ausgeprägten Politisierung führte (2). Dies bildete den Ausgangspunkt für die eigene Dynamik von Verfassungs-, Finanz- und Migrationskrise (3). Die damit verbundenen Debattenstränge werden zumeist als offene Flanken der europäischen Einigung rekonstruiert, in welche populistische Bewegungen stoßen konnten. Oft wird dabei der demokratische Lernprozess unterschätzt, der sich durch die Bewältigung der Konflikte vollzieht. Entsprechend konzentriert sich das anschließende Kapitel auf politisch-philosophische Perspektiven, die Lehren aus den Debatten um europäische Verfassung, Finanz- und Migrationspolitik zogen (4). Daran schließt eine knappe Rekonstruktion des europäischen Religionsrechts und der damit verbundenen Religionspolitik an, die den formalen Rahmen für das kirchliche Handeln bildet (5). Auf diese folgt eine Bilanz des ersten Teils (6).

Nach dieser demokratietheoretischen Grundlegung wende ich mich dem *Europa der Kirchen (zweiter Teil)* zu: Wie verhalten sich die Kirchen zum europäischen Ernstfall? Um eine präzisere Vorstellung jenseits theologischer Sonntagsreden (und natürlich -predigten) zu Europa zu entwickeln, untersuche ich also diejenigen kirchlichen Verlautbarungen, die sich unmittelbar auf die drei Krisen beziehen und so eine Haltung zum europäischen Ernstfall artikulieren.¹⁴ Die Besonderheit des hier gewählten Zugriffs besteht also darin, dass die sozialetischen Implikationen der kirchlichen Positionierungen zu den europäischen Ereignissen der Verfassungs-, Finanz- und Migrationskrise herausgestellt werden. Hierbei möchte ich konkrete politische Forderungen seitens der Kirchen sowie indirekte Einflussnahme durch ihre Rolle innerhalb politischer Prozesse nachzeichnen, um daraus ein entsprechendes Europamodell zu gewinnen.

Um kontextsensibel vorzugehen, vergleiche ich die Positionen inner-, und überkonfessionell. Ein Abgleich der nationalen und konfessionellen Spezifika erfolgt, indem ich innerhalb der jeweiligen Konfessionen vier Elemente analysiere: erstens Aspekte des Staats- und Europadenkens einer konfessionellen Tradition, zweitens das Europamodell der entsprechenden Kirche auf europäischer Ebene, drittens ein nationales Europamodell in einem europaaaffinen Kontext, dem ich viertens einen europaskeptischen Kontext gegenüberstelle. Der Katholizismus prägte vor allem die frühe Phase der Europäischen Gemeinschaft, nicht zuletzt durch die hohe kirchliche Gebundenheit der *»pères fondateurs«* (7). Als Europamodell fungierte traditionell die Vorstellung des christlichen Abendlandes. Die hohe Prägekraft nationaler Kontexte wird zunächst anhand eines traditionell Europa-affinen Beispiels deutlich: Frankreich weist als Gründungsmitglied eine starke proeuropäische Tradition auf. Im Unterschied dazu schwankt

¹⁴ Der Fokus dieser Arbeit liegt auf öffentlichkeitswirksamen Ernstfällen. Aufschlussreich wäre sicher eine Erhebung kirchlicher Positionierungen zum kirchlichen Arbeitsrecht, das vielfach zu Spannungen zwischen europäischen Institutionen und den Kirchen führte. Eine solche Studie steht meines Wissens noch aus und bildet ein Desiderat.

Polen, der größte Beitrittsstaat der Ost-Erweiterung 2004, zwischen Zustimmung und Ablehnung gegenüber der EU. Anhand dieser komparativen Analyse werden Charakteristika und Nuancen des katholischen Europamodells deutlich.

Grundlegend vom Katholizismus verschieden ist die protestantische Europa-haltung (8). Von einem traditionellen Europabild kann nicht die Rede sein, was in der starken nationalstaatlichen Orientierung des Protestantismus begründet liegt. Gleichwohl kann die Formel der ›versöhnten Verschiedenheit‹ als protestantisches Europamodell gelten. Eine wichtige Rolle spielte dabei die mitgliederstärkste evangelische Kirche aus Deutschland, die ich als Europa-affines Beispiel behandle. Dem gegenüber stelle ich die Reformierte Kirche in Ungarn, die wiederholt EU-skeptisch in Erscheinung trat.

Trotz unverkennbarer Unterschiede zum Protestantismus offenbart der orthodoxe Umgang mit Europa gewisse Ähnlichkeiten (9). Ein klassisches Europa-konzept liegt auch hier nicht vor. Zu stark war zunächst das tradierte antiokzidentalistische Ressentiment, zu fern waren die orthodoxen Kirchen und das Ökumenische Patriarchat von Konstantinopel bei der Gründung des Einigungswerks. Auf transnationaler Ebene nimmt das Ökumenische Patriarchat von Konstantinopel in jüngerer Vergangenheit dennoch eine bemerkenswert proeuropäische Haltung ein. Im Unterschied dazu agiert die Griechisch-Orthodoxe Kirche (GOK) als Staatskirche, was bei der hier verfolgten Fragestellung von besonderem Interesse ist. Mit dem Beitritt in die Europäische Gemeinschaft 1981 wurde Griechenland der erste mehrheitlich orthodoxe Mitgliedstaat. Dies erklärt auch die Kategorisierung Griechenlands als proeuropäischen Kontext, wengleich die Zustimmungswerte zur EU durch die Finanzkrise zurückgegangen sind. Als europaskeptisches Gegenüber fungiert Serbien als EU-Beitrittskandidat. Entscheidend für die Europaskepsis ist vor allem die Kosovo-Frage, die die Serbisch-Orthodoxe Kirche (SOK) in besonderer Weise betrifft.

An die Behandlung der konfessionellen, in sich vielfältigen Europamodelle schließt der Blick auf ökumenische Europamodelle an (10). Konfessionelle Spezifika lassen sich über die Rekonstruktion der Verhandlungen um Konsensformulierungen nachzeichnen, gleichwohl ist eine relative Eigenständigkeit der institutionalisierten Ökumene festzuhalten. Ich konzentriere mich hier zunächst auf die KEK, die vor allem zwischen Protestantismus, Orthodoxie und Anglikanismus nach einer gemeinsamen Position sucht. In den Europäisierungsschüben der 1990er und 2000er Jahre kam es zu einer verstärkten Zusammenarbeit mit den katholischen Vertretungen. Die Behandlung europäisch-ökumenischer Kooperationen wird anschließend mit der *Communauté de Taizé* ergänzt, die oft unterschätzt wird. Abschließend erfolgt eine zusammenfassende Betrachtung, in die Rolle der Kirchen in den Krisen bilanziert wird (11).

Abschließend wende ich mich schließlich der systematisch-theologischen Reflexion eines *Europas der Christen* zu (*dritter Teil*). Welche Konsequenzen lassen sich aus den Ergebnissen eines Europas der Bürger und der Kirchen ableiten? Wie lässt sich die politisch-ethische Rolle der Kirchen in der europäischen öffentlichen Sphäre bestimmen? Die Auseinandersetzung mit diesen Fragen

18 Einleitung

erfolgt nun aus einer dezidiert normativen Perspektive. Anhand des zuvor erhobenen Befundes ist eine europäische Ökumene der Profile festzuhalten, die sich von konsens- oder differenzökumenischen Ansätzen unterscheidet (12). Anschließend folgt mit den Begriffen der Konsequenz und der Kohärenz eine Verhältnisbestimmung theologischer zu philosophischer Ethik. Dies soll einerseits eine kohärente Problembeschreibung gewährleisten, andererseits einer notwendigen Haltung der ethischen Konsequenz dienen. Gerade für das europäische Einigungswerk ist charakteristisch, dass es vielfach mit moralischen Ansprüchen überfrachtet, aber nur durch eine konsequente ethische Haltung weiterentwickelt wurde.¹⁵ Für eine nähere Bestimmung der Rolle der Kirchen in der europäischen öffentlichen Sphäre bildet dann die Debatte um *Öffentliche Theologie* und *Öffentlichen Protestantismus* Anschauungsmaterial. Davon ausgehend argumentiere ich für ein *Öffentliches Christentum*, das sich an den Leitlinien des Konziliaren Prozesses orientiert.

Nur auf Grundlage eines Verständnisses von Europäisierung und der Besonderheit kirchlicher Europamodelle ist die theologische Sozialethik vor kontextfernem und hilflosem Idealismus gefeit. Gute Kontextkenntnisse dürfen gleichzeitig aber auch nicht zu einer resignativen Bejahung des Bestehenden führen. Die Kirchen und Theologien stehen vor der Aufgabe, sich Europa als Gegebenes anzueignen, um es zu gestalten.

¹⁵ Vgl. zur Unterscheidung ethischer Konsequenz von moral(ist)ischer Radikalität: TRUTZ RENDTORFF, *Ethik. Grundelemente, Methodologie und Konkretionen einer ethischen Theologie*, hrsg. von REINER ANSELM/STEPHAN SCHLEISSING, Tübingen ³2011, 38–43.

1 Forschungsstand und Methodik

Wie bereits in der Einleitung deutlich wurde, ist die Auseinandersetzung mit Europa ein Desiderat der theologisch-ethischen Reflexion. Trotz einer Vielzahl ökumenischer Dokumente, vor allem in der Nachwendezeit, ist die sozialetische Grundlagenreflexion eher spärlich.¹⁶ Im Unterscheid dazu wurde die europäische Integration und die Rolle der Kirchen vor allem in der Zeitgeschichte intensiv bearbeitet, die daher viele Referenzstudien für eine sozialetische Reflexion bietet.¹⁷ Vor allem Theologie- und Institutionengeschichte oder die Rolle individueller Akteure wurden hier bereits ausführlich bearbeitet. Gleiches gilt für die katholische Sozialetik, wo die transnationale Kirchenstruktur zu einem traditionell starken Europaengagement und damit auch zu einer verstärkten theologischen Reflexion führte.¹⁸ Im orthodoxen Spektrum hingegen führte das

¹⁶ Vgl. INGBORG GABRIEL/ALEXANDROS K. PAPADEROS/ÜLRICH KÖRTNER, Einleitung, in: DIES. (Hrsg.), Perspektiven ökumenischer Sozialetik. Der Auftrag der Kirchen im größeren Europa, Mainz 2005, 11–21, hier: 17.

¹⁷ Siehe in exemplarischer Auswahl: MARTIN GRESCHAT (Hrsg.), Die Christen und die Entstehung der Europäischen Gemeinschaft, Stuttgart 1994; DERS., Protestantismus in Europa. Geschichte – Gegenwart – Zukunft, Darmstadt 2005; IRENE DINGEL/MATTHIAS SCHNETTGER (Hrsg.), Auf dem Weg nach Europa. Deutungen, Visionen, Wirklichkeiten, Göttingen 2010; HEINZ DURCHHARDT/MALGORZATA MORAWIEC (Hrsg.), Die europäische Integration und die Kirchen I. Akteure und Rezipienten, Göttingen 2010; IRENE DINGEL/HEINZ DUCHARDT (Hrsg.), Die europäische Integration und die Kirchen II. Denker und Querdenker, Göttingen 2012; LUCIAN LEUȘTEAN, The Ecumenical Movement & the Making of the European Community, Oxford 2014; IRENE DINGEL/JAN KUSBER (Hrsg.), Die europäische Integration und die Kirchen III. Personen und Kontexte, Göttingen 2017; zudem der interdisziplinäre, aber vordergründig historisch interessierte Sammelband: MICHAEL MEYER-BLANCK (Hrsg.), Christentum und Europa. XVI. Europäischer Kongress für Theologie (10.–13. September 2017 in Wien), Leipzig 2019; IRENE DINGEL/JAN KUSBER/MALGORZATA MORAWIEC (Hrsg.), Die europäische Integration und die Kirchen IV. Versöhnung und Ökumene, Ethik und Recht, Göttingen 2020.

¹⁸ Siehe dazu: CHRISTOF MANDRY, Europa als Wertegemeinschaft. Eine theologisch-ethische Studie zum politischen Selbstverständnis der Europäischen Union, Baden-Baden

Fehlen eines eigenen sozialetischen Faches sowie der erst in jüngerer Vergangenheit vollzogene Beitritt mehrheitlich orthodox geprägter EU-Mitgliedstaaten zu einer überschaubaren Forschungsarbeit.¹⁹

Auch innerhalb der evangelischen Ethik ist das Thema eher randständig. Eine Sonderrolle nimmt die 2010 veröffentlichte Arbeit von Sylvia Losansky ein.²⁰ Ihr kommt ein Pionierstatus zu, Losansky erkannte früh die Bedeutung europäischer Einigung für die theologische Ethik und nahm die schwierige Forschungsarbeit in einem bis dahin wenig bearbeiteten Feld auf. Die von Heinrich Bedford-Strohm betreute Arbeit wendet sich zunächst dem Nachdenken über Europa durch Papst Johannes Paul II., Jürgen Habermas und Wolfgang Huber zu. Auf diese Weise rekonstruiert sie den theologisch-philosophischen Europadiskurs der 90er und 00er Jahre. Die daraus gewonnenen Einsichten überträgt sie auf sozialetische Verlautbarungen und Positionierungen der EKD. Im Fokus stehen dabei die europäische Sozial- und Beschäftigungspolitik, die Grundrechtecharta, der Verfassungskonvent sowie das europäische Wettbewerbsrecht. In bemerkenswerter Breite traktiert Losansky die kirchlichen Äußerungen und eruiert aus ihnen den Beitrag christlicher Kirchen zum gesellschaftlichen Zusammenhalt in Europa. Aus der theologisch-philosophischen und empirischen Untersuchung leitet sie schließlich Handlungsempfehlungen ab.

An diesen Stand knüpfte Monica Schreiber an, rückte aber stärker die kirchliche Rolle bei der Suche nach einer europäischen Identität in den Fokus.²¹ Die 2012 veröffentlichte und mit dem Hanns-Lilje-Preis prämierte Studie skizziert die Rolle der Kirchen, religiösen und weltanschaulichen Gemeinschaften in der EU und markiert das Spannungsfeld von religiösem Pluralismus und Fundamentalismus. Abschließend reflektiert sie die ekklesiologische Rolle evangelischer Kirchen in Europa im Gespräch mit der Semiotik Umberto Ecos und dem Wittgensteinschen Begriff des Sprachspiels. Verdienst der Studie ist es, empirische Ergebnisse auch mit dogmatischen Überlegungen in Verbindung zu setzen.

Zudem rückte der XVI. Europäische Kongress für Theologie, der vom 10.–13. September 2017 in Wien stattfand, das Verhältnis von Christentum und Europa

2009; BEN RYAN (Hrsg.), *A Soul for the Union*, London 2016; auch anglikanische Arbeiten fokussieren sich stärker auf den römischen Katholizismus, siehe dazu etwa: JONATHAN CHAPLIN/GARY WILTON (Eds.), *God and the EU. Faith in the European Project*, London/New York 2016.

¹⁹ Siehe RADOVAN BIGOVIĆ, *Hrišćanstvo i evropske integracije*, Belgrad 2003; HARUTYUN HARUTYUNYAN, *Die Einigung Europas – ein christliches Projekt? Die europäische Integration und die Haltung der Kirchen in ökumenischer Perspektive*, Berlin 2008; LAZAROS MILIOPOULOS, *Das Europaverständnis christlicher Kirchen im Zuge der Europäisierung. Ein Konvergenzprozess? Theoretische Einordnung und Inhaltsanalyse*, Paderborn 2015.

²⁰ Siehe dazu: SYLVIA LOSANSKY, *Öffentliche Kirche für Europa. Eine Studie zum Beitrag der christlichen Kirchen zum gesellschaftlichen Zusammenhalt in Europa*, Leipzig 2010.

²¹ Siehe dazu: MONICA SCHREIBER, *Kirche und Europa. Protestantische Ekklesiologie im Horizont europäischer Zivilgesellschaft*, Berlin 2012.

in den Mittelpunkt.²² Innerhalb der evangelischen Ethik fällt aber auf, dass die Eigendynamik der europäischen Einigung bestenfalls am Rande zum Gegenstand gemacht wird.²³ Es spricht auch für sich, dass die oben genannten theologisch-ethischen Studien außerhalb des Fachs rezipiert wurden.²⁴ Ethisches Interesse am Thema besteht, allerdings wird das Europa-Thema entweder nicht dezidiert bearbeitet oder es wird als Desiderat gefasst und damit letztlich verjagt.²⁵ Die Bezugnahme auf die europäische Einigung als evangelisch-ethisches Thema, wie von Arnulf von Scheliha durchgeführt, ist eine Seltenheit.²⁶

Die vorliegende Studie macht es sich daher zur Aufgabe, die europäischen Einigung als Thema der evangelischen Ethik des Politischen zu behandeln. Stärker als bisherige Forschungsarbeiten wird dabei der Wandel der Einigungsdynamik in den 2010er Jahren reflektiert. Dies erfolgt anhand der Auseinandersetzungen mit jüngeren Ereignissen, die als europäischer Ernstfall gefasst werden.²⁷ Gerade für die jüngere Vergangenheit ist aber die Abkehr vom Regelhaften und die neue Dominanz des Ereignishaften charakteristisch: Bei der Europäischen Gemeinschaft hatte man sich dem »Errichten eines gemeinsamen Marktes und der Fortentwicklung eines ingeniosen Systems der technokratischen Regelpolitik«²⁸ gewidmet, die sich im Zuge zahlreicher Krisen grundlegend wandelte:

²² Siehe dazu: INES-JACQUELINE WERKNER/ANTONIUS LIEDEGENER (Hrsg.), Europäische Religionspolitik. Religiöse Identitätsbezüge, rechtliche Regelungen und politische Ausgestaltung, Wiesbaden 2013.

²³ Siehe dazu v.a. FRIEDRIKE NÜSSEL, Ökumene der Werte. Der ökumenische und kirchenrechtliche Beitrag der Kirchen zum Zusammenwachsen Europas, in: MICHAEL MEYER-BLANCK (Hrsg.), Christentum und Europa. XVI. Europäischer Kongress für Theologie (10.–13. September 2017 in Wien), Leipzig 2019, 509–530.

²⁴ Vgl. CHRISTIAN GRETHLEIN, Europa als Herausforderung für praktisch-theologische Theoriebildung, in: MICHAEL MEYER-BLANCK (Hrsg.), Christentum und Europa. XVI. Europäischer Kongress für Theologie (10.–13. September 2017 in Wien), Leipzig 2019, 610–617, hier: 612f.

²⁵ In dieser Hinsicht lassen sich auch die Beiträge zur Ethik des Rechts, des Politischen und der Wirtschaft im Handbuch für Evangelische Ethik interpretieren. Europäisierung wird als wichtiges materials Feld der jeweiligen ethischen Reflexion betont, erhält aber stets den Status des Desiderats. Vgl. dazu: WOLFGANG HUBER, Rechtsethik, in: DERS./TORTEN MEIREIS/HANS-RICHARD REUTER (Hrsg.), Handbuch für Evangelische Ethik, München 2015, 141; REINER ANSELM, Politische Ethik, a.a.O., 257f.; TRAU GOTT JÄHNICHEN, Wirtschaftsethik, a.a.O., 384–387.

²⁶ Von Scheliha betont, »dass der Prozess der europäischen Einigung den Völkern eine in der europäischen Geschichte unbekanntere Periode des Friedens beschert und den Bürgerinnen und Bürgern ein nie gekanntes Maß an Freiheit ermöglicht hat.« Siehe ARNULF VON SCHELIHA, Essay in güterethischer Hinsicht: Europa, in: DERS., Protestantische Ethik des Politischen, Tübingen 2013, 342–369, hier: 344.

²⁷ Vgl. dazu MIDDELAAR, Kontinent, 41–44.

²⁸ MIDDELAAR, Kontinent, 16.

durch das Zusammenspiel von Kompetenzzuwachs und Krisenbewältigung mussten europäischer Institutionen mehr und mehr *Ereignispolitik* betreiben.

Zudem knüpft das Forschungsvorhaben enger an die politische Dimension der europäischen Einigung an, als dies sonst der Fall ist. Aus normativen Gründen distanzierte sich die evangelisch-orthodoxe Ökumene vielfach von dem Einigungswerk. Zentral hierfür war das historisch gewachsene Selbstverständnis, zwischen West- und Ostblock zu vermitteln. Entsprechend unterschied man zwischen dem skeptisch bis ablehnend gesehenem politischen Europa und dem eigentlich relevanteren kontinentalen Europa.²⁹ Dass der Begriff der ›EU‹ durch ihre institutionelle und rechtliche Verfasstheit deutlich konkreter als der Europa-Begriff ist, dass er zudem spätestens seit der Osterweiterung nahezu deckungsgleich mit den geographischen Grenzen ist, wird so verkannt. Ebenso wenig kommt durch die wiederkehrende Distanzierung vom politischen Europa der Tatbestand zum Ausdruck, dass die EU-Institutionen einen gewichtigen Einfluss auf das Leben der EU-Bürgerinnen ausüben. Insofern orientiert sich die Arbeit eng am politischen Europa und macht es sich zur Aufgabe, ereignisbezogene Debatten in Theologie und Kirche zu rekonstruieren. Sie kann dabei auf zahlreiche Forschungsarbeiten aus dem mentalitätsgeschichtlichen Spektrum zurückgreifen und möchte den europäischen Ernstfall – hier gefasst als Verfassungs-, Finanz- und Migrationskrise – der politisch-ethischen Reflexion zuführen.

Die Auswahl der zentralen Ereignisse – europäische Verfassungs-, sowie Finanz- und Migrationskrise – lässt sich durch die normative Demokratietheorie herleiten und die verstärkte Befassung mit Populismus begründen.³⁰ Typischerweise bilden bei verschiedenen Populismusdefinitionen die Finanz- und Migrationskrise markante Anhaltspunkte. Gerade mit Blick auf die europäische Ebene wird aber deutlich, dass viele dieser als ‚populistisch‘ beschriebenen Konzepte und Praktiken bereits in der Debatte um eine europäische Verfassung präsent waren. Auch wenn der europäischen Einigung vor allem von Regierungschefs eine stete Skepsis entgegenschlug, hat die jüngere, populistische Europaskepsis eine neue Qualität. Es dürfte kein Zufall sein, dass diese ihre Geburtsstunde rund um den Vertrag von Maastricht erlebte.³¹ Sie lag damit weit vor den hier näher untersuchten Krisen. Im Unterschied zu den erfolgreichen Kompromissen beim Vertrag von Maastricht scheiterte aber die europäische Verfassung und

²⁹ Vgl. KIRAN KLAUS PATEL, *Projekt Europa. Eine kritische Geschichte*, München 2018, 13.

³⁰ Es wäre denkbar, etwa bei der Gründung der KSZE einzusetzen. Allerdings markiert die Verfassungskrise den Beginn des politischen Handelns der EU als Union. Diese Dynamik ist erst in den drei ausgewählten Krisen greifbar. Auch eine Beschäftigung mit der Coronakrise wäre ergiebig, allerdings weist diese eine vor allem globale Dimension auf. Der Ukrainekrieg wäre hinsichtlich der gemeinsamen europäischen Außenpolitik augenöffnend, allerdings fehlt der zeitliche Abstand, um eine Entwicklung nachzuzeichnen.

³¹ Vgl. DIETER GRIMM, *Europa ja – aber welches? Zur Verfassung der europäischen Demokratie*, München 2016, 31.

löste so eine echte Krise aus, die als elementarer Baustein der obig beschriebenen Wende zur Ereignispolitik beschrieben werden kann.

Grundsätzlich lässt sich in Reaktion auf Globalisierungsphänomene in allen europäischen Gesellschaften beobachten, dass es zu teils erheblichen Verschiebungen im Parteiensystem kam.³² Von der Wahrnehmung verschiedener Krisen als Dauerzustand – vereinzelt bereits in der europäischen Verfassungskrise, besonders aber rund um die Finanz- und später die Migrationskrise – haben vor allem populistische Parteien profitiert.³³ Populismus lässt sich hierbei als moralischer Alleinvertretungsanspruch definieren. Populisten behaupten also: »Wir sind das Volk! Sie meinen jedoch – und dies ist stets eine moralische, keine empirische Aussage (und dabei gleichzeitig eine politische Kampfansage): Wir – und nur wir – repräsentieren das Volk.«³⁴ Hinter diesem Anspruch steht die Vorstellung eines moralisch reinen und homogenen Volkes, das einer korrupten und parasitären Elite unversöhnlich gegenübersteht.³⁵ Allerdings ist bloße Elitenkritik ein notwendiges und kein hinreichendes Kriterium populistischer Rhetorik – entscheidend ist der Anspruch, dass einzig Populisten das Volk vertreten, während alle anderen vermeintlichen Repräsentanten als illegitime »Volksverräter« gebrandmarkt und Minderheiten als bedrohlich verklärt werden. Populismus stützt sich somit auf Anti-Elitismus und Anti-Pluralismus.³⁶

Bei der Analyse von Populismus ist das Beschreibungsinteresse stets mit der normativen Frage nach dem Umgang mit Populisten verweben. Die populistische Viktimisierungsbehauptung, nämlich von liberalen Eliten diskriminiert und ausgeschlossen zu werden, sollte hierbei nicht verstärkt werden. Es wäre insofern fehlgeleitet, die Definition von Populismus lediglich als Ausschlusskriterium zu verwenden. Daher soll die von Populisten formulierte grundlegende Kritik nicht einfach abgetan, sondern durchaus auch als möglicher »Lernstoff«³⁷ oder als Anhalt für demokratisches Erfahrungswissen ernstgenommen werden.

Ausgehend von dieser normativen Demokratietheorie greife ich methodisch auf die historische Diskursanalyse³⁸ zurück. Wiederkehrende Aussagen, die

³² Siehe HANSPETER KRIESI ET AL.: Globalization and the transformation of the national political space: Six European countries compared, in: *European Journal of Political Research* 33 (2006), 921–956.

³³ Siehe BENJAMIN MOFFIT, How to perform crisis. A model for understanding the key role of crisis in contemporary populism, in: *Government and Opposition* 50 (2015), 189–217.

³⁴ JAN-WERNER MÜLLER, Was ist Populismus? Ein Essay, Berlin 2017, 19.

³⁵ Siehe dazu auch CAS MUDDE, The Populist Zeitgeist, in: *Government and Opposition* 39 (2004), 542–563.

³⁶ Vgl. MÜLLER, *Populismus*, 44, 57ff.

³⁷ MÜLLER, *Populismus*, 32.

³⁸ Siehe ACHIM LANDWEHR, *Historische Diskursanalyse*, Frankfurt/Main 2008. Siehe dazu auch: FRANZ EDER, *Historische Diskurse und ihre Analyse – eine Einleitung*, in: DERS. (Hrsg.), *Historische Diskursanalysen. Genealogie, Theorie und Anwendungen*, Wiesbaden 2006, 27–50.

einen Diskurs formen und prägen, werden somit in programmatischen Äußerungen untersucht. Hierbei gilt es Thema und Diskurs zu unterscheiden: während ein Thema Aktualitätsbezug hat, gruppiert sich um dieses Thema herum ein Diskurs, das bestimmte Vorstellungen verfestigt.³⁹ Insofern bilden weniger die verhandelten Themen als vielmehr die sich dahinter formenden Diskurse um das Verhältnis des (diskursiv erzeugten) Volks zu feindlichen Instanzen das Interesse der hier vorgenommenen Analyse. Verschiedene Debattenstränge sollen damit zu einer gegenwartsbezogenen Auseinandersetzung mit aktuellen demokratietheoretischen Herausforderungen hingeführt werden.

Während damit der Untersuchungsgegenstand beschrieben wurde, gilt es zudem die Charakteristika wissenschaftlicher Auseinandersetzung mit Europa zu berücksichtigen. Grundsätzlich wird zwischen drei zentralen Wissenschaftsdiskursen unterschieden, wobei die Konzepte des Intergouvernementalismus, des Konstitutionalismus sowie des Supranationalismus die jeweilige diskursive Eigenlogik bestimmen.⁴⁰ Im Hintergrund dieser diskursleitenden Konzepte stehen Auseinandersetzungen um das europäische Leitbild, die vermittels der Formeln ›Europa der Staaten‹, ›Europa der Bürger‹ und ›Europa der Behörden‹ geführt wurden.⁴¹ Für die Beschäftigung mit dem Untersuchungsgegenstand bieten also die drei Wissenschaftsdiskurse einen Anhalt, um sich selbstreflexiv die Implikationen bestimmter Begriffe und Konzepte zu vergegenwärtigen. Der Staaten-Diskurs artikuliert das *Zusammen-Sein* und folgt einer *intergouvernementalistischen* Logik, dagegen tendieren der Bürger- und der Behörden-Diskurs stärker zu einer Perspektive des *Eins-Werdens* – die Nationalstaaten sollen also durch ein gesamteuropäisches Staatengebilde abgelöst oder zumindest eingeeht werden.⁴² Auch wenn die Einheitsperspektive zu potenziell konvergenten Formationen im Bürger- und Behörden-Diskurs führt, unterscheidet sich der jeweilige Weg zur Einheit. Während der ›Diskurs der Bürger‹ auf eine konstitutionalistische Neugründung hofft und bürgerschaftliches Engagement als Fundament idealisiert, orientiert sich der ›Diskurs der Behörden‹ an der technokratischen Ablösung nationaler Angelegenheiten auf der Ebene des Supranationalen aus.

Jedem der drei Diskurse lässt sich ein spezifisches Organisationsprinzip zuordnen, das eine Affinität zu einer jeweiligen EU-Institution aufweist: Im *Konfö-*

³⁹ Vgl. JÜRGEN LINK, Diskursive Ereignisse, Diskurse, Interdiskurse. Sieben Thesen zur Operativität der Diskursanalyse, am Beispiel des Normalismus, in: HANNELORE BUBLITZ ET AL. (Hrsg.), Das Wuchern der Diskurse. Perspektiven der Diskursanalyse Foucaults, Frankfurt/Main/New York 1999, 148–161, hier: 152f.

⁴⁰ Vgl. MIDDELAAR, Kontinent, 29–43.

⁴¹ Angeregt ist die Rekonstruktion Middelaars von der Dreiteilung in Intergouvernementalismus, Konstitutionalismus und Supranationalismus, die Altiero Spinelli vornahm. Siehe dazu ALTIERO SPINELLI, *The Eurocrats. Conflict and Crisis in the European Community*, Baltimore 1966, 10–25.

⁴² Vgl. MIDDELAAR, Kontinent, 368.

deralismus bleibt die *staatliche* Integrität erhalten, das europäische Gebilde funktioniert dieser Perspektive zufolge am besten, wenn souveräne und nationale Regierungsvertreter sich im Rat der Europäischen Union auf Maßnahmen einigen. Folglich sollen weder Kommission noch Parlament, sondern der Rat das politische Primat im Institutionengefüge beanspruchen. Dagegen geht der *Föderalismus* dezidiert vom Parlament aus: hier werden die *Bürger* durch die von ihnen gewählten Repräsentantinnen vertreten. Die EU funktioniert also am besten, wenn die einzige Institution mit direktem Bürgerbezug ohne nationalstaatliche Zwischenvermittlung am stärksten gestellt ist. Wiederum anders argumentiert die *funktionalistische* Logik des *Behörden*-Diskurses: dieser zufolge sollte die Kommission den größten Handlungsspielraum genießen. Denn allein so kann die Komplexität der europäischen Integration durch technisch-rationale Beamte angemessen organisiert werden. Zu volatil ist das Politische, als dass man eine so wichtige Aufgabe unzuverlässigen Institutionen wie dem Rat oder dem Parlament überlassen könne. Stattdessen sollen die Mitgliedsstaaten sukzessive miteinander verflochten werden, um mit Hilfe von »*spill-over*-Effekten«⁴³ weitere Regelungen zugunsten einer tieferen Integration zu erlassen.

Innerhalb der Wissensproduktion sind die Diskurse in bestimmten Disziplinen unterschiedlich stark beheimatet. Drei europawissenschaftliche Chiffren bilden Anhaltspunkte für die jeweilige disziplinäre Logik: die der europäischen *Integration*, der europäischen *Konstruktion* bzw. *Einigung* und die der europäischen *Zusammenarbeit*.⁴⁴ Der Behörden-Diskurs ist vor allem mit den wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Disziplinen wahlverwandt: die tendenzielle Geringschätzung politischen Lebens und die Beschwichtigung einer etwaigen Politisierung der EU verbindet sich mit der vermeintlich neutralen Forderung nach bürokratischen Funktionalität. Nachvollziehbar wird dies am Begriff der Integration: dieser war zunächst in den Wirtschaftswissenschaften beheimatet und thematisierte unter anderem die zunehmende ökonomische Verflechtung zu Beginn der europäischen Integration. Die ökonomische Verflechtung führte zu einem immensen rechtlichen Regelungsbedarf, der teils von der Kommission, teils vom EuGH ausgeführt wurde. Folglich sind es die Behörden, die den wichtigsten Beitrag zur Integration leisten: »Der Ökonom im Maschinenraum, der

⁴³ Gemeint ist damit ein Übertragungseffekt, bei dem die Regelung eines Problems zu Nebenfolgen und Übertragungen auf andere Probleme aufweist. Bezogen auf die europäische Integration werden damit die auslaufenden Wirkungen von Rechtsregelungen beschrieben, die in letzter Konsequenz auf eine nicht immer primär beabsichtigte Europäisierung als Nebenfolge hinausläuft. Siehe dazu BEN ROSAMOND, The Uniting of Europe and the Foundation of EU Studies. Revisiting the neofunctionalism of Ernst B. Haas, in: Journal of European Public Policy 12 (2005), 237–254.

⁴⁴ Vgl. MIDDELAAR, Kontinent, 35.

Planer, der innovative Industrielle und der Gewerkschafter haben die Bewegung vorangebracht – nicht die Politiker, Gelehrten, Literaten oder Publizisten.«⁴⁵

Eine solche These lassen sich die Gelehrten des Bürger-Diskurses nicht gefallen. Hier sind es vor allem Philosophen, die mehr Idealismus als die hemdsärmeligen Behörden-Theoretiker wagen: zwar sei die Föderation mangels einer europäischen Öffentlichkeit keine Realität, könne aber mit gutem Willen und dem nötigen Schuss praktischer Vernunft auch jenseits der eigenen akademischen Debattierclubs oder etwa der Pulse-of-Europe-Kundgebung entstehen. Die Bürgerinnen würden dann die Bedingung der Möglichkeit bilden, damit nationale Exekutiven, Legislativen und Judikativen ihre Kompetenzen delegieren: den Zielpunkt dieses Diskurses bildet eine europäische Regierung, und ein mit weitreichenden Kompetenzen ausgestattetes Parlament, deren Handeln von einem supranationalen europäischen Verfassungsgericht gerahmt wird. Entsprechend gewinnt der Begriff der Konstruktion an Bedeutung: er artikuliert den geschichtsphilosophischen Idealismus und regt die Phantasie zu theoretisch denkbaren, aber selten bodenständigen Lösungen an. Gänzlich davon verschieden ist der Staaten-Diskurs, der sich vor allem darin gefällt, die überspannten Erwartungen vor allem des Bürger-, aber auch des Behörden-Diskurses zu entlarven. Hier dominiert die Chiffre der internationalen Zusammenarbeit. Vor allem Historiker und Spezialistinnen für internationale Beziehungen bestimmen diesen Diskurs, in dem zuvörderst auf die nationalen Kontinuitäten staatlicher Institutionen verwiesen wird. Der Staaten-Diskurs sieht einen europäischen Zentralismus mit großer Skepsis, er setzt dagegen auf klassische Diplomatie oder Treffen nationaler Minister bzw. Regierungschefs.⁴⁶ Der Begriff der Zusammenarbeit umschreibt dieses Selbstverständnis – zugleich indiziert er, dass nur zusammen ist, wer nicht eins werden will. Charakteristisch dafür ist auch das Verständnis der frühen Europäischen Gemeinschaft: in dieser Perspektive trat der Aufbau europäischer Zusammenarbeit »weder an die Stelle noch umging er den Willen der nationalen Führer; er *spiegelte* ihren Willen *wider*.«⁴⁷

Der hier idealtypisch skizzierte akademische Streit um europäische Deutungshoheit spielt in den Auseinandersetzungen um die institutionelle Ausgestaltung der EU eine wichtige Rolle – nicht zuletzt durch die offenkundigen Affinitäten in der europäischen Institutionenarchitektur. Geht man weniger von den Diskursen selbst, sondern von den affinen Institutionen aus, so gerät bei der Gewaltenteilung innerhalb der EU ihr spezifischer Charakter in den Blick. Eine klare Trennung zwischen Exekutive und Legislative gibt es nicht, da die nationalen Regierungen im Ministerrat als Exekutivorgane eine bedeutende Rolle im

⁴⁵ ERNST B. HAAS, *The Uniting of Europe. Political, Social and Economic Forces 1950–1957*, Stanford 1968, 4.

⁴⁶ Vgl. MIDDELAAR, *Kontinent*, 39.

⁴⁷ ANDREW MORAVCSIK, *The Choice for Europe. Social Purpose and State Power from Messina to Maastricht*, Ithaca 1998, 4.

Gesetzgebungsverfahren spielen. Die heutige Konstellation sieht folgendes Zusammenspiel der Institutionen vor: der Europäische Gesetzgebungsprozess gesteht der Kommission das Initiativrecht zu, wobei sie dabei Rücksicht auf den Ministerrat nimmt, der den Gesetzesinhalt bestimmt. Nur gemeinsam mit dem Europäischen Parlament, das anders als im nationalen Kontext kein Initiativrecht und lediglich Mitbestimmungsbefugnisse hat, können Gesetze verabschiedet werden.⁴⁸ In der Rechtsprechung ergibt sich ein anderes Bild: der EuGH bildet das oberste judikative Organ, er ist »freier als jedes nationale Gericht«⁴⁹. Während der Diskurs der Staaten vor Allem mit der exekutiven und abgestuft der legislativen Machtkonstellation korrespondiert, erwiesen sich der Behörden- und Bürger-Diskurs vor allem in judikativer Hinsicht als durchsetzungsstark.

Blickt man nun auf einen Ideengeber dieser Dreiteilung zwischen Bürger, Behörden und Staaten, den französischen Philosophen Raymond Aron, so eröffnen sich gerade aus theologischer Perspektive bemerkenswerte Strukturanalogien. Zum einen lässt sich bei den von Aron »Idealisten« genannten »Bürgertheoretikern« ausmachen, dass sie »stärker, als sie selbst denken, dem christlichen Ideal verhaftet sind, wenn sie vorbehaltlos einräumen, dass die praktische Vernunft sowohl das Ideal des individuellen Verhaltens als auch das kollektive Leben beeinflusst.«⁵⁰ Die kantische Prägung dieser Denkweise wird mit ihrem Potenzial und ihrer Begrenztheit deutlich. Demgegenüber wirft Aron den Staatstheoretikern, von ihm »Pseudorealisten« genannt, vor, sie würden sich auf »historische Erfahrung, fragmentarische Regelmäßigkeiten und ewige Notwendigkeiten« stützen – womit sie aber die Zukunft einer Vergangenheit unterwerfen, »die eher rekonstruiert ist, als dass wir darüber wirklich etwas wüssten«.⁵¹ Anderen Ansätzen begegnen sie dem Philosophen zufolge mit dem »Schatten ihrer Skepsis«, der aber letztlich »Ausdruck ihrer eigenen Resignation«⁵² sei.

Aus dieser Problematisierung heraus lassen sich den drei Diskursen jeweils favorisierte Zeitformen (und damit historische Ansprüche) zuschreiben: Behörden-Theoretiker halten gewissermaßen die Zeit an, um in einer entpolitisierten Gegenwart zu agieren. Dagegen träumen die Bürgertheoretikerinnen im Futur von einem föderalen Europa in Frieden und Demokratie – was die Staatstheoretiker vom sicheren Standpunkt der historisch genau bekannten Vergangenheit belächeln.⁵³ Es ist also ein reflexiver Analysestandpunkt einzunehmen, da be-

⁴⁸ Vgl. GRIMM, Europa, 191.

⁴⁹ Vgl. FRITZ SCHARPF, Das Bundesverfassungsgericht als Hüter der demokratischen Selbstgestaltungsfähigkeit, in: MICHAEL STOLLEIS (Hrsg.), Herzkammern der Republik, München 2011, 186–199, hier: 186.

⁵⁰ RAYMOND ARON, Introduction à la philosophie de l'histoire. Essai sur les limites de l'objectivité historique, Paris 1957, 324.

⁵¹ ARON, Introduction, 324.

⁵² Ebd.

⁵³ Vgl. MIDDELAAR, Kontinent, 43.

hördliche, bürgerliche oder staatliche Affinitäten im Hintergrund der auf Europa bezogenen Wissensproduktion stehen. Parallelen zum theologischen Diskurs sind dabei im Blick zu behalten.⁵⁴

Zudem ist über die Funktion der Arbeit nachzudenken. Hierfür lassen sich methodologische Überlegungen komparativer Ansätze heranziehen. Der Vergleich konfessioneller wie nationaler, ökumenischer wie transnationaler Kontexte zielt auf mehrere Funktionen ab.⁵⁵ Zum einen soll die Auseinandersetzung mit verschiedenen Kontexten pluralitätssensibilisierend, gleichzeitig aber auch ideografisch wirken: die Kenntnis kontextueller Spezifika soll zum einen Verständnis für europäische Vielfalt vermitteln, zum anderen aber auch die Eigenarten der je eigenen Tradition und Situation konturieren. Davon ausgehend lassen sich verallgemeinernd die Verbindungslinien verschiedener Phänomene aufzeigen. Gleichzeitig können selbstkritisch argumentative Schwächen und Fehlstellungen erhoben werden, die wiederum kommunikationsstiftend auf den ökumenischen Dialog wirken. Vielleicht, so die Hoffnung, regt diese Untersuchung auch theologische oder institutionelle Diskurse an.

Das ethische Interesse dieser Arbeit besteht darin, einen Beitrag zum bislang wenig erforschten Feld der europäischen Ereignisse aus Sicht der theologischen Ethik zu bieten. Vermittels der demokratietheoretischen Diskussion wurden die Verfassungs-, Finanz- und Migrationskrise als zentrale Ereignisse ausgewählt. Bei der Rekonstruktion gilt es, die europabezogene wissenschaftstheoretische Debatte im Blick behalten, um funktionalistische, föderalistische und intergouvernementalistische Affinitäten sorgsam zu reflektieren. Dieses Programm ist vor allem für den ersten Teil relevant, wird aber auf das Untersuchungsdesign vom zweiten Teil übertragen. Hierbei steht ein ethisches Selbst-

⁵⁴ Das theologische Pendant der Idealisten wäre die ökumenische Bewegung – während im konservativen Lager die Ökumeneskeptiker sich auf die Nicht-Verhandelbarkeit von Dogmen oder Bekenntnisschriften berufen und dies durch historische Argumentationen untermauern. Umso bemerkenswerter ist in dieser Perspektive das theologische Wirken Pannenbergs, der die tendenziell konservative Dogmenreflexion mit einer prospektiven ökumenischen Annäherung verband. Eine institutionell größere Wirkung erreichte die Leuenberger Konkordie 1973, die nicht allein den reformatorischen Streit reproduzierte, sondern durch eine Reinterpretation Kirchengemeinschaft erklären konnte. Siehe dazu: JAN GROSS, *Pluralität als Herausforderung. Die Leuenberger Konkordie als Vermittlungsmodell reformatorischer Kirchen in Europa*, Göttingen 2018; zudem sehr instruktiv: JAN-PHILIPP BEHR, *Kirchengemeinschaft als produktiver Streit. Genese, systematisch-theologische Reflexion und Programm der Leuenburger Konkordie*, Leipzig 2020.

⁵⁵ Angeregt ist die nachfolgende Funktionsbestimmung von BERND SCHRÖDER, *Vergleichende historische Religionspädagogik – methodologische Überlegungen*, in: ZPT 68 (2016), 238–251, hier: 241. Der Ansatz lässt sich von dem Untersuchungsgegenstand der Religionspädagogik auf die hier vorliegende sozialetische Arbeit und das Agieren der Kirchen im europäischen Einigungsprozess übertragen.

verständnis im Mittelpunkt, demzufolge Ethik »(auch) die Arbeit an den eigenen Vorurteilen, Grundintuitionen und Selbstverständlichkeiten«⁵⁶ ist.

Dem korrespondiert die Auswahl der Kontexte. Die Gegenüberstellung europäischer und europaskeptischer Kontexte liegt darin begründet, dass Europaskepsis besonders in denjenigen Staaten ausgeprägt war und ist, die nicht zu den ursprünglichen sechs Gründungsmitgliedern gehören.⁵⁷ Darüber hinaus stehen die Kontexte für die drei wesentlichen Modelle europäischer Staatskirchenrechtsverhältnisse.⁵⁸ In Frankreich existiert erstens das sogenannte laizistische »Trennungssystem«, dagegen zweitens in Deutschland, Polen, Ungarn und Serbien das »Kooperationssystem« zwischen Staat und Kirche. Schließlich steht drittens der griechische Kontext für ein nationalkirchliches Verbindungssystem von Staat und Kirche. Die Auseinandersetzungen mit den jeweiligen Gegebenheiten nimmt die kulturellen Differenzen der jeweiligen religionspolitischen Prägung in den Blick. Daran zeigt sich, dass unterschiedliche Positionierungen zwischen den Kirchen oft nicht konfessionell, sondern durch divergierende Rahmensetzungen bedingt sind.⁵⁹ Auch vor diesem Hintergrund verwende ich keinen programmatischen Begriff der jeweiligen Konfessionen.⁶⁰ Stattdessen beziehe ich mich in erster Linie auf die institutionellen Instanzen der jeweiligen Konfessionen, wobei ich theologiegeschichtliche Hintergründe und programmatische Debatten heranziehe, um die kirchlichen Verlautbarungen einzuordnen.⁶¹

In der Übertragung der ersten beiden Teile rückt der komparative Ansatz im dritten Teil der Studie in den Vordergrund. Der Ansatz soll einerseits für Plurali-

⁵⁶ BAHR/HEINIG, Analyse, 223.

⁵⁷ Vgl. PATEL, Projekt, 181.

⁵⁸ Siehe zu dieser systematisierenden Dreiteilung GERHARD ROBBERS, Staat und Kirche in der Europäischen Union, in: DERS. (Hrsg.), Staat und Kirche in der Europäischen Union, Baden-Baden 2005, 629–641.

⁵⁹ Vgl. DIETER HEIDTMANN, Gemeinschaft in Zeugnis und Dienst an der Welt, in: MICHAEL BÜNKER/FRANK-DIETER FISCHBACH/DIETER HEIDTMANN (Hrsg.), Evangelisch in Europa. Sozialethische Beiträge, Leipzig 2013, 15–30, hier: 23.

⁶⁰ In einer Studie der US-amerikanischen Politikwissenschaftler Brent F. Nelsen und James L. Guth ist die Rede von einem »katholischen Aufbau« (»Catholic Construction«) und dem »protestantischen Widerstand« (»Protestant Resistance«) gegen die europäische Einigung. Der Gedankengang der Studie ist so schlicht wie die beiden Großkategorien. Mit Verweis auf die anfängliche Distanz der skandinavischen Staaten sowie des als protestantisch bezeichneten Vereinigten Königreiches wird der protestantische Widerstand ohne weitere Entwicklung konstatiert. Die Orthodoxie tritt gar nicht erst auf. Siehe BRENT F. NELSEN/JAMES L. GUTH, Religion and the Struggle for European Union. Confessional Culture and the Limits of Integration, Washington D.C. 2015.

⁶¹ Dies ist vor allem mit Blick auf den Protestantismus relevant. Durch den Fokus auf die Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa (GEKE) auf transnationaler Ebene werden die Anglikanische Kirche oder die Schwedische Kirche hierbei nicht berücksichtigt. Eine detaillierte Auseinandersetzung mit den verschiedenen protestantischen Kirchen wäre auch auf Grund der ausgeprägten kontextuellen Diversität gewiss ergiebig.

tät sensibilisieren, andererseits Verbindungslinien aufzeigen und so Selbstkritik sowie ökumenische Kommunikation anstoßen, um so auch eine indirekte innovative Wirkung auf die theologische und kirchlich-institutionelle Debatte zu entfalten. Nachdem die vorangegangenen Abschnitte vor allem induktiv vorgehen und sich den Untersuchungsgegenstand erschließen, unterscheidet sich der letzte Abschnitt insofern davon, dass hier stärker normative Debatten und deduktive Begriffsarbeit leitend sind. Grundlegende sozioethische Reflexion soll hier in ein Verhältnis zum Untersuchungsgegenstand – dem Europa der Bürger und dem der Kirchen – gesetzt werden. Dies kann, so meine Hoffnung, neue Ansätze für eine theologische Behandlung der europäischen Einigung anstoßen.

Erster Teil

Europa der Bürger.
Das Verhältnis der EU-Institutionen
zur europäischen öffentlichen
Sphäre

2 Europäisierung seit 1989

Kompetenzzuwachs und Legitimationsfrage

Seit dem Vertrag von Maastricht sind die Bürgerinnen der EU-Mitgliedstaaten zugleich auch Unionsbürgerinnen.⁶² Die Einführung dieser neuen Form der supranationalen Bürgerschaft korrespondierte mit dem Charakter des Vertrages: aus der Europäischen Gemeinschaft wurde die Europäische Union, das europäische Projekt unternahm einen weiteren großen Integrationsschritt. Hatte es 1951 als *wirtschaftspolitisches* Projekt begonnen, was seit 1964 zum Anwendungsvorrang des EU-Rechts vor nationalem Recht führte und so das *Rechtsprojekt* Europa initiierte, so sollte nun der Weg zum genuin *politischen* Projekt beschritten werden.⁶³ Die Fundamente für jene bestimmende Position, welche die EU in unserer Gegenwart einnimmt, wurden hier gelegt.⁶⁴ Während in diesem und den Folgeverträgen die EU vertieft wurde, das heißt ihre Kompetenzen in kleinen Schritten erweitert und teils klarer definiert wurden, erlebte der europäische Staatenverbund zudem eine enorme Erweiterung. Aus dem Kreis der EG-12 von 1989 wurde bis zum Beitritt Kroatiens 2013 die EU-28, was nur den vorläufigen Abschluss der Osterweiterungspolitik darstellte. Die zunächst westeuropäische Integration erstreckte sich nun auf den ganzen Kontinent, sodass die institutionellen und geographischen Grenzen heute beinahe zur Deckung kommen.

2.1 Handeln als Union. Vertiefung und Erweiterung

Infolge der friedlichen Revolution wurde aus der Europäische Gemeinschaft langfristig die Europäische Union. Die vorwiegend westeuropäische EG, die zum Mauerfall noch zwölf Mitgliedstaaten umfasste, wurde als EU ein gesamteuropäisches Projekt, das seine institutionellen Grenzen an die geographischen Gren-

⁶² Siehe dazu: DESMOND DINAN, *Ever Closer Union: An Introduction to European Integration*, Houndmills 21999, 136ff.

⁶³ Siehe dazu SCHORKOPF, *Weg*, bes. 65–110.

⁶⁴ Vgl. PATEL, *Projekt*, 10.